

VERTRIEBENE

Druck von unten

Die Funktionäre jener Flüchtlingspartei, die sich zunächst BHE (Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten), dann GB (Gesamtdeutscher Block)/BHE, darauf nach der Fusion mit der Deutschen Partei GDP (Gesamtdeutsche Partei) nannte und die mit solchen Namenskunststückchen von Wahl zu Wahl rapide an Stimmen verlor — letzters bei den Kommunalwahlen im BHE-Gründungsland Schleswig-Holstein (von 33 Prozent im Jahre 1950) auf nun 4,8 Prozent —, haben einen Dreh gefunden, um vielleicht doch noch dem politischen Tod zu enttrinnen:

Weil mit der eigenen Partei mangels Masse nichts mehr zu machen ist, agieren die BHE-Leute jetzt um so heftiger als Unterfunktionäre des überparteilichen „Bundes der Vertriebenen“ (BdV), um dessen nominell 2,5 Millionen Mitglieder zu neuem Nationalismus anzuheizen.

Ihre Parole: Der FDP-Bundesvertriebenenminister Wolfgang Mischnick habe die deutschen Ostgebiete abgeschrieben, und die Spitze des Vertriebenenbundes widerspreche diesem „Verzichtspolitiker“ aus außenpolitischen und koalitionspolitischen Rücksichten nicht laut genug.

Ihre strategischen Ziele:

- ▷ Der Präsident des „Bundes der Vertriebenen“, der CDU-Bundestagsabgeordnete Krüger, der eine gemäßigte Ostpolitik befürwortet, auch wenn er zuweilen mit scharfen Erklärungen hervortritt, soll durch einen radikalen Flüchtlingspolitiker ersetzt werden.
- ▷ Bundesvertriebenenminister Mischnick soll bei einer späteren Kabinettsumbildung abgelöst werden, wobei man in den Führungskreisen des alten BHE als Nachfolger an Mischnick-Vorgänger Oberländer denkt, der inzwischen durch einen Brief des Bundeskanzlers rehabilitiert worden ist. (Dazu Adenauer: „Ich habe diesen Brief nur geschrieben, weil mir



Vertriebenenminister Mischnick
Liste der Sünden...



Vertriebenenpräsident Krüger
... per Schnelldienst verbreitet

die Kinder Oberländers so leid taten, die unter den Angriffen auf ihren Vater sehr gelitten haben.“)

Die Operation gegen Mischnick und Krüger begann, nachdem aus koalitionsarithmetischen Gründen der Zonenflüchtling und damalige stellvertretende Landesvorsitzende der hessischen FDP Mischnick Bundesvertriebenenminister geworden war. Die Berufsfüchtlinge sahen in der Bestellung Mischnicks mit Recht einen Beweis für ihren schwindenden Einfluß in der deutschen Politik.

Der geschickte FDP-Mann Mischnick, der bis zur Bonner Regierungsbildung zum Anti-Adenauer-Flügel seiner Partei gehörte, dann aber Erich Mende tätige Umfall-Hilfe leistete, schien gerade den hessischen BHE-Leuten im BdV als Zielscheibe besonders geeignet.

Als Zonenflüchtling aus Dresden ist Mischnick der erste Vertriebenenminister, der keine unmittelbaren Beziehungen zu den Vertreibungsgebieten jenseits von Oder und Neiße hat (Mischnicks Vorgänger: Schlesier Lukaschek, Wahl-Ostpreuße Oberländer, Pommer von Merkatz).

Bald gingen auf hessischen Vertriebenenversammlungen Kopien eines Exemplars der SED-gelenkten „Sächsischen Volksstimme“ aus dem Jahre 1959 von Hand zu Hand. Sie enthielten die Meldung, Mischnick habe sich nach Rückkehr von einer Warschau-Reise „vor mehreren Hundert Zuhörern in Marburg für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie“ ausgesprochen.

Am 15. Januar 1962 gab sich der hessische BdV-Landesvorsitzende, GDP-Landtagsabgeordneter Josef Walter, in einem Brief an Minister Mischnick besorgt über solche Gerüchte, die „von verschiedenen Seiten“ an ihn herangetragen worden seien; er wolle ihnen entgegenzutreten und bitte den Minister um Stellungnahme.

Mischnick, der vor drei Jahren mit einer Bundestagsdelegation nach Warschau gefahren war, antwortete Walter: „Es ist nicht wahr, daß ich je irgendwo von einer Anerkennung der Oder-Neiße-Linie gesprochen habe.“

Sein Versprechen, „den Gerüchten entgegenzutreten“, löste Walter mit einem Flugblatt ein: „Mischnick — Vertriebenen- oder Verzicht-Minister? So könnte man fragen, wenn man von den Verzichtserklärungen auf deutsche Gebiete hört, die Mischnick im Verlaufe oder nach einer Warschauerreise abgegeben haben soll.“

Johlend wurde Walter, beklatscht, als er Ende Februar auf einer Wiesbadener GDP-Kundgebung forderte: „Eigentlich müßte man sagen: Abtreten, Herr Minister, Sie sind fehl am Platze.“

Zu diesem Zeitpunkt hatte der BHE-Druck von unten bereits erste Erfolge gezeitigt: Die Bonner CDU/SPD-Spitze des überparteilichen Vertriebenenbundes, BdV-Christdemokrat Krüger und der atombombenrasselnde baltische Baron Manteuffel-Szoego sowie der BdV-Sozialdemokrat Wenzel Jaksch, baten den Minister Mischnick mit seinem Staatssekretär Nahm zu einem Gespräch in Krügers Abgeordnetenzimmer im Bonner Bundeshaus.

Die BdV-Führung ließ am darauffolgenden Tag von ihrem „Deutschen Ostdienst“ per Schnellausgabe eine Liste von Mischnick-Sprüchen verbreiten, die sie als Sünde wider die Vertriebenen empfindet, um zu beweisen, daß auch sie mit Mischnick nicht einverstanden sei.

Und der BdV-Präsident Krüger mahnte in seinem Bundeshauszimmer den Vertriebenenminister Mischnick: „Schließlich sind Sie der Minister für Vertriebene, nicht gegen Vertriebene.“

Was der christdemokratische Vertriebenenführer mit solcher Andeutung meint, hat sein sudetendeutscher SPD-Partner inzwischen klarer ausgedrückt. Jaksch: „Wie lange sich unter diesen Umständen die gemäßigte BdV-Führung noch halten kann, die mit Mischnick loyal zusammenarbeiten wollte, ist mir zweifelhaft.“

Im Juni stehen beim Vertriebenenbund die Präsidentenwahlen an.

BINNEN-SCHIFFFAHRT

Klage gegen Seeböhm

Das Verwaltungsgericht in Köln ist vom Verband der Binnenschiffer aufgerufen, über eine Art Preis-Dumping zu befinden, mit dessen Hilfe die Bundesbahn den Fahrleuten in jüngster Zeit Millionengeschäfte im Heizöl-Transport wegschnappt. Auf Antrag des Zentrallausschusses der deutschen Binnenschiffahrt e. V. in Beuel sollen die Richter feststellen, daß der Bundesverkehrsminister gesetzwidrig handelte, als er der Bahn den Ausnahmetarif 14 B 13 für Heizöl genehmigte.

Seeböhm sah sich dazu von Bundesbahnpräsident Heinz Maria Oeftering („Ich traue mir zu, jedes Unternehmen zu führen“) gedrängt, der die Bundesbahn bislang noch nicht aus den roten Zahlen herauszubringen vermochte. Der Ausnahmetarif besagt, daß die Bahn auf einigen Strecken Heizöl zu niedrigeren Preisen als bisher transportieren dürfe, und die Tarifexperten suchten mit Fleiß jene Fahrtstrecken aus, auf denen der Kampf um jede Tonne Ladung am schärfsten wütet.

Die Tarifsenkung betrug bis zu 60 Prozent. Zum Beispiel wurde die Fracht auf den typisch „nassen“ Routen

- ▷ Köln-Mainz von 20,80 Mark auf 8,30 Mark je Tonne und
- ▷ Wesseling-Aschaffenburg von 24,10 Mark auf 9,60 Mark je Tonne ermäßigt.

Nach Ansicht mancher Binnenschiffer befördert die Schiene damit nach frühkapitalistischer Manier unter ihren Selbstkosten, um die Konkurrenz abzuwimmeln und möglicherweise später die Tarifsätze wieder heraufzuschrauben. Oeffterings Bedienstete führten dagegen an, die Selbstkosten würden keineswegs unterschritten. Darauf der Chor der Schiffer: „Dann habt ihr eure Kunden bisher übers Ohr gehauen.“

Der Zentralausschuß klagte die Bahn in einem Memorandum an, mit dem Heizöltarif ihre Machtposition auszuspielen. Zentralausschuß-Präsident Dr. Wilhelm Geile: „Ein solcher Mißbrauch der Marktmacht trägt alle Merkmale eines unbilligen Wettbewerbs, der niemals zu der vom Gesetzgeber verlangten volkswirtschaftlich sinnvollen Aufgabenteilung führen kann.“

Geiles Organisation beschränkte sich nicht auf Protestnoten an die Bundesregierung, sie machte auch die eigenen Reihen stark. Aus einer Notkasse, in die alle Tankreeder Beiträge einzahlen, sollen die finanziellen Verluste ausgeglichen werden, die auf den Kampfstreiken durch die Preisunterbietung der Bahn hingenommen werden müssen.

Die Schiffer geben zu, daß der Heizöl-Kampftarif Oeffterings gegenwärtig noch keine ruinösen Auswirkungen auf die Beschäftigung der Binnentankerflotte hat. Das Frachtangebot ist zur Zeit noch größer als der verfügbare Transportraum. Sie befürchten aber, daß — wenn sie den Anfängen nicht wehren — die Bahn nach und nach ihr gesamtes Tarifsystem wechselweise zu Kampfmaßnahmen einsetzt, um der Binnenschiffahrt Aufträge wegzunehmen.

Daß diese Befürchtungen nicht unbegründet sind, wurde an einem zweiten Antrag deutlich, den die Bahn inzwischen beim Verkehrsminister einreichte.

Sie hat nach den Heizöltarifen auch die Kohletarife je nach Entfernung um drei bis 13 Prozent gesenkt. Überdies soll die Kundschaft mit weiteren Zugeständnissen zur Schiene herübergezogen werden:

- ▷ Mengenrabatt von zwei Prozent bei einer jährlichen Mindestmenge von 3000 Tonnen;
- ▷ Treuerabatt von drei Prozent, wenn die gleiche Menge bereits im Vorjahr bezogen wurde, und
- ▷ Mehrmengenrabatte zwischen zehn und 20 Prozent für die Ladungen, die zusätzlich zur Vorjahresmenge transportiert werden.

Da schon ihr Protest gegen den Heizöltarif nichts einbrachte, entschlossen sich die Schiffer zu einer Klage gegen Hans-Christoph Seebohm. In der Tat schreibt das Bundesbahngesetz dem Bundesverkehrsminister vor, die Maßnahmen der Verkehrsträger daraufhin zu prüfen, ob sie lauter und billig sind und dem allgemeinen Wohle dienen. Das Verwaltungsgericht in Köln soll prüfen, ob Seebohm dieser Forderung genügt hat.

„SAGEN SIE MAL, NIKITA...“

Aus einem Bericht über Botschafter Kroll

Der Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Hans Anton Kroll, empfing Anfang Februar den „Stern“-Reporter Henry Kolarz zu einem Gespräch — eine Woche vor der Bonner Botschafter-Konferenz, auf der Kroll umstrittene Äußerungen machte, die den Anlaß zu seiner Ablösung im kommenden Herbst gaben. Kolarz berichtete letzte Woche im „Stern“ über diese Unterredung:

Ich wünsche nicht, beim Sprechen fotografiert zu werden. Mit offenem Mund sehe ich nicht gut auf Bildern aus.“ Ein strenger Blick unter hinaufgeblähten Augenbrauen trifft meinen Begleiter, den Fotografen Robert Lebeck.

Der Botschafter, kurz und viereckig wie ein Feuermelder, erwartet uns im Salon (seiner Moskauer Residenz). Seine gedrungene Gestalt steckt in einem engzugeknöpften Zweireiher mit breiten Nadelstreifen, der dem Stilempfinden der zwanziger Jahre entspricht. Ein runder, bärbeißiger Kopf, am Scheitel erkahlt. Sein grimmes Kinn macht den Versuch eines verbindlichen Lächelns rührend unzulänglich.

„So, so“, knurrt er. „Sie wollen mich also interviewen. Lassen Sie aber Ihr Notizbuch stecken. Ich kann es mir in meiner Position nicht leisten, zitiert zu werden, sonst steht morgen jedes Wort in der ganzen Weltpresse. Sie wissen ja: Meine Worte wiegen schwerer als die des Außenministers.“

Er führt uns zum Flügel und weist auf die gerahmten Fotos von Adenauer, Heuss, Erhard und dem japanischen Kaiserpaar, die auf dem weißen Bechstein stehen. „Alle mit persönlicher Widmung“, erklärt Kroll. „Ich habe natürlich noch viel mehr Fotos von bedeutenden Persönlichkeiten. Aber der Platz auf dem Flügel reicht nicht.“

Frau Gisela Kroll, geborene Blanke, betritt den Salon, die First Lady der kleinen deutschen Kolonie in Moskau. Wir stellen uns vor. Der Botschafter deutet auf seine Gattin. „Die gnädige Frau.“

In der Bibliothek, vor seinem Schreibtisch, sagt der Botschafter: „Hier arbeite ich meine politische Konzeption aus.“

Der „deutsche Feldwebel“, wie ihn westliche Diplomaten in Moskau abschätzig nennen, hat sich durch seine Vitalität und seine guten Kontakte zu Chruschtschow Respekt zu verschaffen gewußt.

Sollte sich (auf einem diplomatischen Empfang) dennoch einmal ein Rivale Chruschtschow zu nähern wagen, so muß er damit rechnen, von Kroll fortgeschleudert zu werden — so wie der tschechische Botschafter, den Kroll mit den Worten abkanzelte: „Sehen Sie nicht, daß Sie hier stören! Kinder soll man sehen, aber nicht hören.“

Krolls Kommentar zu der Geschichte, als er sie mir erzählte: „Chruschtschow hat sich sehr darüber amüsiert. Natürlich hat er mir recht gegeben. War ja auch eine Ungehörigkeit von dem Tschechen, sich einfach ins Gespräch zu mischen.“

Dann erzählte mir Kroll folgende Geschichte: „Im letzten Herbst war ich von Chruschtschow nach Sotschi am Schwarzen Meer eingeladen worden. Abends gingen wir dann spazieren — ich in der Mitte, rechts von mir Chruschtschow, links Mikojan. Da fragte ich Chruschtschow: ‚Sagen Sie mal, Nikita Sergejewitsch — ich bin der einzige Diplomat in Moskau, der ihn so anreden darf — kann man eigentlich von hier aus den Berg Elbrus sehen?‘ — Chruschtschow antwortete: ‚Nein, der liegt weiter im Süden. Warum fragen Sie eigentlich danach?‘ — ‚Ach, nur so. Weil unsere Truppen da im Kriege die deutsche Flagge gehißt haben.‘ — Na, dem Chruschtschow blieb natürlich erst die Spucke weg, aber dann nahm er das doch mit Humor.“

Trotz derartiger Entgleisungen ist es unbestreitbar, daß die von Kroll pausenlos erwähnten guten Beziehungen zu Chruschtschow tatsächlich bestehen.

Wie sehr auch der Sowjetregierung daran gelegen war, den russophilen Kroll als Botschafter der Bundesrepublik in Moskau zu behalten, beweist folgender

Vorfall: Als Frau Kroll, die in ihrer Residenz mit zwei Ausnahmen nur russisches Personal beschäftigt, ein russisches Dienstmädchen ohrfeigte, beschwerte sich das Mädchen sofort bei der Dienststelle des sowjetischen Außenministeriums. Kroll wurde zum Außenministerium zitiert: Frau Botschafter habe eine Sowjetbürgerin in ihrer menschlichen Würde gekränkt. Frau Botschafter werde hiermit aufgefordert, sich bei der geohrfeigten Russin persönlich zu entschuldigen.

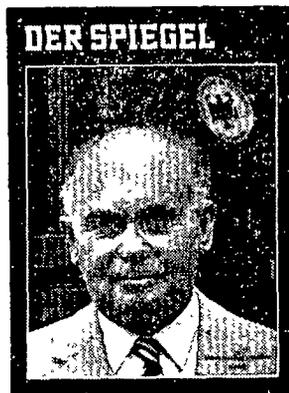
Gisela Kroll wies diese Aufforderung als unzumutbar zurück. Bei einer Dienstmagd könne sie sich nicht entschuldigen.

Als die Sowjets jedoch hartnäckig auf der Genugtuung für das gezüchtigte Mädchen bestanden, ließ der Botschafter die mündliche Entschuldigung der gnädigen Frau durch einen dritten dem Dienstmädchen übermitteln.

Jeder andere ausländische Botschafter in der Sowjetunion wäre nach diesem Skandal sofort zur unerwünschten Person erklärt worden.

Doch die Sowjetregierung verzichtete auf Krolls Abberufung. Sie setzte nicht einmal das Bonner Auswärtige Amt von dem Zwischenfall in Kenntnis.

* SPIEGEL-Titel 23/1960.



Kroll*